

FREIES DENKEN

HUMANISMUS – DAMIT DAS LEBEN GELINGT.

Wer die Wahl hat, hat die Qual!

Liebe Leserinnen und Leser,

Wahlen füllen unentwegt die Nachrichten: die des US-Präsidenten, die Brexit-Abstimmung, das Referendum in der Türkei, Wahlen in Holland und Frankreich, Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und bei uns, und dann noch die Bundestagswahl.

Wahlrecht und Wahlmöglichkeit wurden mühsam erkämpft. Sie sind für demokratische Gesellschaften lebenswichtig. Unsere Stimme hat einen Wert. Dazu müssen wir sie nutzen. Wer nicht zur Wahl geht, missachtet diesen Wert und die Kämpfe, die es um das Wahlrecht gegeben hat. „Warum soll ich wählen gehen? Die Parteien machen doch ohnehin, was sie wollen.“ Wer so denkt, irrt. Die Parteien sind nicht alle gleich. Und sie machen Unterschiedliches, auch wenn sie nicht tun, was sie versprochen haben. Sie vertreten unterschiedliche Interessen. Es gilt also, die Interessensunterschiede herauszubekommen und unsere eigenen Interessen zu bestimmen. Radioaktive Altlasten oder teurerer Strom? Billige Jeans oder fairer Handel? Viele Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie oder Ächtung und Reduzierung von Kriegen? Viele solcher Fragen stellen sich uns. Oft scheint unklar, welche Alternativen es tatsächlich zu wählen gibt. Die Wahrheit und die richtigen Lösungen liegen nicht immer auf der Hand. Statt klugem Abwägen von Vorzügen und Nachteilen möglicher Lösungen werden uns Stimmungen geboten. Falschmeldungen, Halbwahrheiten, Unterstellungen und anderes mehr führen in die Irre.

Warum ist das so? Wahlen entscheiden über Macht: Politiker sichern ihre Jobs, Parteien ihre Existenz, Lobbyisten ihren Einfluss. Das muss man wissen und darf doch nicht darüber verzweifeln. Andere Lösungen, Diktaturen jedweder Art, Adels- oder Stammesherrschaft haben wir zu recht bewusst hinter uns gelassen. Wenn wir unsere Stimme nicht gegen

irgendwelche Versprechen abgeben wollen, müssen wir uns selbst schlau machen. Gibt es verlässliche Informationen zu einem Thema? Kann man einer Kandidatin, einem Kandidaten, einer Partei vertrauen?

Als Verband haben wir den Parteien Fragen vorgelegt zu Themen, die Konfessionsfreie interessieren. Werteerziehung ohne religiöse Begründung ist so ein Thema, das insbesondere junge Eltern umtreibt. Hier ist die Frage, ob die Parteien das Problem verstehen und es mit uns angehen wollen. Hilfreich ist, wenn junge Eltern ihre Interessen öffentlich deutlich machen.

Aber das Leben besteht nicht nur aus Religionsunterricht und Tanzverbot am Karfreitag. Eine humane Gestaltung unserer Gesellschaft hat wichtigere Baustellen. Ächtung von Krieg und Gewalt, grundlegende Menschenrechte weltweit, soziale Gerechtigkeit, fairer Handel, Rettung unserer Umwelt: das Programm ist riesig. Der Druck zur Verbesserung auf vielen Gebieten ist groß. Nicht über alles wird in jeder Wahl entschieden. Aber bei jeder Wahl gibt es Anhaltspunkte für schädliche und für nützliche Entscheidungen. Also: Wem nutzt, was uns als Lösung verkündet wird? Wo führt es hin? Parteien und Wähler liegen oftmals falsch. Wichtig ist, dass wir in der Lage bleiben, uns zu korrigieren. Daran arbeiten auch wir.

Gerne mit Ihrer Hilfe!



Ihr
Erwin Kress
Präsident des HVD NRW

Medien: Säkulare Humanisten im WDR Rundfunkrat

Zum ersten Mal seit Bestehen des WDR sind seit Dezember 2016 nicht nur die Kirchen, sondern auch die Säkularen durch Ingrid Matthäus-Maier und Rainer Ponitka für den HVD, die gbs und den IBKA im Rundfunkrat vertreten.

Da die Säkularen im WDR Rundfunkgesetz im Unterschied zu den Kirchen und der Jüdischen Gemeinde nicht in der Liste der Rundfunkratsmitglieder genannt sind, gelang es nur durch eine enge Kooperation und ein vertrauensvolles Miteinander zwischen Erwin Kress, Rainer Ponitka und Ingrid Matthäus-Maier den Landtag NRW zu überzeugen, dass auch die Säkularen dort hineingehören. Dieser wählte uns einstimmig auf einen der 7 freien Plätze, die der Landtag unabhängig von der Gesetzesliste benennen kann. Dies ist ein Erfolg, wenn auch nur ein erster Schritt – denn eigentlich gehören wir in die Gesetzesliste. Bei einer Novellierung des Gesetzes wird man darauf genau achten müssen.



Der RR tagt etwa 10 mal im Jahr, seine Ausschüsse etwa 6 mal, jeweils über mehrere Stunden. Der Arbeitsaufwand und das Lesepensum sind enorm, zumal der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Moment an mehreren Fronten zu kämpfen hat: zum einen steht er unter dem Druck der Ministerpräsidenten/tinnen der Länder, dass der jetzige Rundfunkbeitrag in Höhe von 17,50 € im Monat möglichst nicht erhöht werden soll. Zum anderen verweigern etwa 1 Millionen Haushalte den Rundfunkbeitrag mit der Begründung, sie schauen kein Fernsehen und hören auch kein Radio. Zum dritten ist den Öffentlich-Rechtlichen mit der Digitalisierung und den Streaming-Angeboten eine starke Konkurrenz erwachsen. Zum vierten besteht die Herausforderung darin, wie in Zeiten von "Fake News" und Lügen in den sozialen Netzen die Öffentlich-rechtlichen mit sauber recherchierendem, unabhängigen Journalismus das Vertrauen der Bevölkerung in die Medien erhalten bzw. zurückerobern können. Um in diesem umfangreichen Aufgabenpaket unsere besonderen Themen einzubringen, haben Rainer Ponitka und ich ein erstes Gespräch mit den für Kirchen und Religion Verantwortlichen im

WDR geführt. Uns kam es vor allem darauf an, an Beispielen zu zeigen, dass die Anliegen der Konfessionsfreien oft nicht zur Kenntnis genommen werden, obwohl sie etwa 35 % der Bevölkerung stellen. Wir demonstrierten das an einem Beispiel aus dem Morgenmagazin: ein Reporter des WDR berichtete über einen Geistlichen, der einen LKW auf den Schulhof einer Grundschule stellte, den Anhänger öffnete, in dem sich ein kleiner Altar befand und nun vor der staunenden Kinder­schar einen Gottesdienst abhielt. Auffallend war, mit welcher Begeisterung der Redakteur über diese Idee sprach und auch die Kinder dazu befragte, die das natürlich toll fanden. Für einen guten Journalismus wäre aber doch mindestens der Hinweis nötig gewesen, was denn die Schülerinnen und Schüler machen, die nicht religiös sind. Selbstverständlich ist ein Bericht im TV über eine solche Aktion ok. Aber ein Fragezeichen oder ein Gespräch mit einer konfessionsfreien Elternteil wäre doch notwendig gewesen. Die Gesprächspartner zeigten sich durchaus offen – wir sollten solche Vorkommnisse sofort ansprechen. Wenn jemandem von unseren Mitgliedern und Sympathisanten so etwas auffällt, bitte melden!

Intensiv gesprochen haben wir über die Verkündigungssendungen der Kirchen, die in § 8 WDR-Gesetz und § 42 Rundfunkstaatsvertragsgesetz geregelt sind. In den Rundfunkprogrammen des WDR sind es etwa 30 (!) in der Woche. Die Verantwortung liegt bei eigenen Rundfunkbeauftragten der Kirchen. Erwin Kress hatte in minutiöser Kleinarbeit in den Archiven des HVD festgestellt, dass bis 1992 auch die Freigeistige Landesgemeinschaft NRW jahrzehntelang einen solchen Sendetermin hatte. Ein entsprechendes Recht für Weltanschauungsgemeinschaften ist im WDR Gesetz 1987 weggefallen. Die WDR-Leute und wir waren uns einig, dass es keinen Grund gibt, dass nicht auch humanistische Verbände das Recht zu einem „Verkündigungstermin“ haben, wie es z.B. der Bund für Geistesfreiheit in Bayern hat. Zu Recht verwiesen die WDR-Vertreter dabei auf die Politik, die das doch ändern könne und solle. Die Sitzungen des RR sind öffentlich. Die Termine und die Protokolle sind im Internet nachzulesen. Diese Transparenz sollten unsere Interessierte nutzen.



Ingrid Matthäus-Maier
HVD Gemeinschaft Köln

Schwerpunktthema: Wahlprüfsteine der Konfessionsfreien

Vor der anstehenden Landtagswahl haben wir die im Landtag vertretenen Parteien sowie die Linken und die Piraten zu Themen befragt, die für Konfessionsfreie Menschen von Bedeutung sind (siehe Forderungen in separatem Kasten).

Die Antworten zeigen, dass die Parteien die Interessen von Konfessionsfreien nicht im Blick haben. Von SPD, CDU, FDP und von Bündnis 90/ Die Grünen haben uns Antworten erreicht, für die wir herzlich danken. Kurz und knapp fiel die Antwort der CDU aus, die uns Dr. Guido Hitze, Leiter des Bereichs Politik & Strategie übermittelt. Er benötigt nur zwei Absätze für seine Botschaft: *„Religiöse Bildung stärkt die Einstellung gläubiger Menschen in unserer Gesellschaft. Zu Erziehung und Bildung gehört aber auch Wertgebundenheit. Ohne Wertorientierung kann unser gesellschaftliches Zusammenleben nicht gelingen. Religion, Glaube und deren Ausübung prägen die Wertorientierung unserer Gesellschaft. Das ist für den Staat unverzichtbar. Insofern ist religiöse Bildung auch im Interesse des Staates. Die Kirchen in unserer Gesellschaft sind durch Tradition gewachsene Institutionen, in denen gläubige Menschen ihre Religion erfahren können. Sie gehören zum Fundament unserer Gesellschaft. Schulen, in denen man kirchliche Orientierung erleben kann, sind ein wichtiges Element religiöser Erziehung. Insofern sind Bekenntnisschulen auch im Interesse des Staates. Er sollte sie daher auch weiterhin im Sinne der Verfassung stützen und fördern.“*

Was der studierte Historiker Hitze hier zusammenbraut, könnte ebenso aus einer islamischen Rechtsschule stammen. „Wertgebundenheit“, „Wertorientierung“, „religiöse Erziehung“ werden in Eins gesetzt und sind dann als solche für den Staat unverzichtbar. Gemeint ist auch hier, dass mit Menschen ohne religiöse Orientierung kein Staat zu machen sei, verfügen sie doch über keine eine Gesellschaft oder einen Staat tragende Moral. Der fromme Historiker Hitze verkennt, dass grundlegende Werte und Rechte unserer Gesellschaft gegen religiösen Fundamentalismus erfochten wurden und weiterhin gegen solche Fundamentalisten verteidigt werden müssen. Entsprechend ihrer Antwort auf unsere Fragen gibt es bei der CDU keinen Grund und kein Interesse für einen Dialog mit Konfessionsfreien. Glücklicherweise ist dies nicht die Haltung aller religiösen Politiker, auch nicht aller christdemokratischen.

Die Haltung der anderen Parteien

Keinen Handlungsbedarf sehen die Parteien im Hinblick darauf, dass „Ehrfurcht vor Gott“ vornehmstes Erziehungsziel in NRW ist. Auch dass in Gemeinschaftsschulen *„Kinder auf der Grundlage der christlichen Bildungs- und Kulturwerte (...)*

gemeinsam unterrichtet und erzogen“ werden, gilt als unproblematisch. So meint etwa die FDP, *„dass die Formel „Ehrfurcht vor Gott“ schon dem Wortlaut nach nicht den Glauben an Gott verlange“*. Die SPD sieht das ähnlich.

Wäre es nicht besser, eine Festlegung, die nicht meint, was sie sagt, zum besseren Verständnis für alle einfach zu streichen? Stattdessen empfehlen die Grünen mit dem Philosophen Habermas eine andere Übung: *„Säkularisierte Bürger dürfen, soweit sie in ihrer Rolle als Staatsbürger auftreten, weder religiösen Weltbildern grundsätzlich ein Wahrheitspotential absprechen, noch den gläubigen Mitbürgern das Recht bestreiten, in religiöser Sprache Beiträge zu öffentlichen Diskussionen zu machen“*. Thema verfehlt! Es soll Gläubigen von uns ja in keiner Weise ihr Beitrag zur öffentlichen Diskussion beschnitten oder bestritten werden. Aber ihre Weltsicht kann nicht die Basis für unser aller Staat sein. Was wäre sonst gegen eine Scharia einzuwenden?

Und sonst?

Praktische Philosophie auch in der Grundschule als Ergänzung zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht halten Grüne, SPD und FDP im Prinzip für sinnvoll. Die SPD glaubt irrtümlich bereits, es sei ihr *„gelungen, das Fach Praktische Philosophie auch in den Grundschulen zu etablieren“*. Demgegenüber beklagt sich die FDP, ihre Forderung nach Einführung eines entsprechenden Unterrichts in der Grundschule sei *„leider von SPD und Grünen abgelehnt“* worden. Fazit: Im Prinzip ja, aber mangels Masse keine Klasse!



**LANDTAGSWAHL
NORDRHEIN-WESTFALEN**



Der nordrhein-westfälische Sonderweg der Bekenntnisschulen wird uns weiter erhalten bleiben. Mit der CDU fehlt für eine Verfassungsänderung die nötige Mehrheit. Und die rechtlichen Möglichkeiten bei der Umwandlung von Bekenntnis- in Gemeinschaftsschulen meinen Grüne und SPD durch die letzte Schulrechtsänderung ausgeschöpft zu haben. Auch die FDP sieht hier keinen „Problemdruck“. Neutralität staatlicher Erziehung und die Berücksichtigung von Minderheitenrechten spielen bei den genannten Parteien offensichtlich keine Rolle. Die Gleichbehandlung von Religions- u. Weltanschauungsgemeinschaften sehen SPD und FDP im Prinzip gewährleistet, „spezielle Förderinstrumente für eine spezielle Glaubens- oder Weltanschauungsrichtung nicht notwendig“ (FDP). Die Grünen setzen sich „weiterhin für einen gleichberechtigten Dialog von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein“.

Kindertagesstätten (KITAS): Außer „in einigen ländlichen Gebieten und in einigen Wohnlagen“ sieht die SPD ein weltanschaulich ausreichend vielfältiges Angebot an KITAS. Auch die Grünen und die FDP sehen eine ausreichende Vielfalt gewährleistet.

Institutionelle Förderung: Für SPD und FDP ist zumindest eine anlassbezogene Förderung für uns als humanistische Weltanschauungsgemeinschaft vorstellbar. Die Grünen halten auch eine institutionelle Förderung für möglich, „wo es um Leistungen für die Allgemeinheit geht.“ Eine Unterstützung für die Durchführung nichtreligiöser Rituale ist angeblich aufgrund des Neutralitätsgebots rechtlich nicht möglich.

Ablösung Historischer Staatsleistungen: SPD, FDP und Grüne erklären „unabhängig von der bundesgesetzlichen Regelung“, mit den Kirchen Verhandlungen aufnehmen und durch landesrechtliche Lösungen die Ablösung der Staatsleistungen weiter vorantreiben zu wollen.“ Für die SPD stand dies „angesichts der politischen Herausforderungen der letzten Jahre nicht ganz oben auf der politischen Agenda. Der Weg von Teilablösungen soll weiter beschritten werden.“ Eine große Lösung sieht die FDP derzeit nicht: „Denn ohne eine Abschlusszahlung, die deutlich höher als die jährliche Zahlung ist, wird es zu keinem Verhandlungserfolg kommen.“

Kirchensteuereinzug durch den Staat: Ein Ende des staatlichen Kirchensteuereinzugs ist aus Parteiensicht nicht erforderlich. Der FDP sind „keine Benachteiligungen Konfessionsfreier bekannt“. Die SPD ist bereit, „mehr Datenschutzgerechtigkeit“ zu prüfen. Die Grünen meinen zwar, „Arbeitgeber und Banken sollten nicht ohne zwingenden Grund Informationen über die Religionszugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit erhalten“, stellen aber zugleich fest, dass im Bundestag keine Mehrheit zur Ab-

schaffung des Besteuerungsrechts der Kirchen in Sicht ist.

Stille Feiertage: Während die SPD im Hinblick auf das Feiertagsgesetz derzeit keinen Handlungsbedarf sieht, können sich Grüne und FDP eine Novellierung mit Lockerung der Vorschriften für Stille Feiertage vorstellen. Die Grünen halten auch individuelle Feiertage für religiöse Minderheiten für sinnvoll. Während SPD und Grüne sich gegen eine weitere Aufweichung des Sonn- und Feiertagsschutzes aussprechen, möchte die FDP zumindest das Verkaufsverbot an Sonntagen völlig aufheben.

Fazit: Aus den bislang vorliegenden Antworten der Parteien zu unseren Wahlprüfsteinen ist erkennbar:

- Viele Sorgen und Nöte konfessionsfreier Menschen, insbesondere im Bereich der Erziehung (KITA und Schule), sind in der Politik noch gar nicht angekommen.
- Konfessionsfreie müssen weiterhin ihre Bedürfnisse konkret und vor Ort anmelden und die Beachtung ihrer Rechte einfordern.
- Als Verband müssen wir verstärkt das Gespräch mit den Parteien suchen, um zu einem besseren Verständnis und zu tragbaren Lösungen zu kommen.

HVD-Wahlprüfsteine für die NRW-Landtagswahl

1. Beachtung der Religionsfreiheit in der Schulpolitik
 - Streichung des Erziehungsziels „Ehrfurcht vor Gott“ aus dem Schulgesetz NRW
 - Ethikunterricht (Ethik, Weltanschauung, Lebensgestaltung) für alle Schüler und alle Klassen
 - „Praktische Philosophie“ in der Grundschule als Angebot für alle, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen
 - Ergänzende Einführung eines freiwilligen Weltanschauungsunterrichts „Humanistische Lebenskunde“
2. Sicherung einer ausreichend und weltanschaulich ausgewogenen Kindertagesbetreuung
3. Gleichbehandlung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
4. Einbezug von Vertretern humanistischer Weltanschauung in die öffentliche Erinnerungs- und Gedenkkultur
5. Unterstützung für nichtreligiöse Wertegemeinschaften (Institutionelle Förderung für die humanistische Wertegemeinschaften HVD NRW)
6. Ablösung historischer Staatsleistungen
7. Abwicklung des staatlichen Kirchensteuereinzugs; Sicherstellung des Datenschutzes bezüglich der Religionszugehörigkeit
8. Feiertagsgesetz NRW novellieren

Jugendfeiern: Die Junghumanisten bereiten sich vor

Zur Vorbereitung auf die Jugendfeiern in NRW haben wir mit den Jugendlichen 2 Wochenenden in der Jugendbildungsstätte in Hattingen Welper verbracht.

Das erste Wochenende, anfang März, war sehr spannend. Nach dem gemeinsamen Kennenlernen, ging es darum herauszufinden, wie die Jugendfeier/Jugendweihe entstanden ist. In kleinen Rollenspielen wurden humanistische Werte dargestellt und thematisiert. Danach haben wir uns in den Ortsgruppen erstmals über das Programm bei den Jugendfeiern unterhalten und erste Ideen für die jeweiligen Jugendfeiern entwickelt. Der gemeinsame Spieleabend bildete den Abschluss des ersten Wochenendes



Das zweite Wochenende ging über 2 Nächte. Los ging es am Freitag, nach intensiver Wiedersehensfreude, startete das Seminar mit einer Übung zur eigenen Sozialisation. Samstag thematisierten wir das gewünschte Thema der Jugendlichen „Lebensziele“ und klärten ganz nebenbei „den Sinn des Lebens“. Am Abend wurde gemeinsam gegrillt und gegessen. Später machten wir eine Nachtwanderung, bei der Teamgeist und Zusammenhalt im Vordergrund standen. Am Sonntag gab es eine gemeinsame Fotosession und das Programm für die Jugendfeiern wurde verfeinert. Es waren spannende und aufregende Wochenenden.



Patientenverfügung: Selbstbestimmung auch am Lebensende

In einer Patientenverfügung können Sie schriftlich für den Fall Ihrer Entscheidungsunfähigkeit festlegen, ob und wie Sie in bestimmten Situationen ärztlich behandelt werden möchten. Zudem kann es sinnvoll sein, auch persönliche Wertvorstellungen und Einstellungen zum eigenen Leben und Sterben als Ergänzung Ihrer Patientenverfügung beizufügen. Die Patientenverfügung richtet sich in erster Linie an die Ärztin oder den Arzt und das Behandlungsteam.



Wenn Sie überlegen, ob Sie eine Patientenverfügung erstellen wollen, empfiehlt es sich zunächst, darüber nachzudenken, was Ihnen im Zusammenhang mit Krankheit, Leiden und Tod wichtig ist, wovor Sie Angst haben und was Sie sich erhoffen. Es ist nicht einfach, sich mit existenziellen Fragen auseinanderzusetzen. Dennoch ist es notwendig, weil man sich über die Konsequenzen der eigenen Entscheidungen klar werden muss. Festlegungen in einer Patientenverfügung bedeuten, dass man selbst die Verantwortung für die Folgen übernimmt, wenn eine Ärztin oder ein Arzt diesen Anordnungen entspricht. Der HVD NRW bietet eine kompetente Beratung für die Erstellung der persönlichen Patientenverfügung an. Unsere Berater, die in ganz NRW tätig sind, vereinbaren einen Termin und stehen mit Rat und Tat bei der Formulierung der Wünsche der Menschen zur Seite. Selbstverständlich bietet der HVD auch Vorträge zur Patientenverfügung an. Weitere Informationen über die Geschäftsstelle:

Tel. 0231.52 72 48 | mail@hvd-nrw.de

Im Trend: Weltliche Sprecherinnen und Sprecher

Seit mehr als 20 Jahren bildet der Landesverband in NRW Sprecherinnen und Sprecher für Lebensfeiern aus. Die Aufgaben der Sprecher sind vielfältig. Ob bei Hochzeiten, Trauerfeiern, Namensfeiern oder Jubiläen – weltliche Sprecherinnen und Sprecher gestalten mit ihren Reden und humanistischen Ritualen die Lebensfeiern individuell, in Absprache mit den Beteiligten, stets mit dem Ziel, den Menschen, die Feiernden in den Mittelpunkt zu stellen. Die Sprecherinnen und Sprecher spenden Trost bei Trauer und schenken Freude bei Hochzeiten und Namensfeiern, sie würdigen die Lebensleistung bei Jubiläen. Der Bedarf an weltlichen Sprecherinnen und Sprechern steigt stetig, denn immer mehr Menschen wünschen sich weltliche, humanistische Lebensfeiern.



Die Grundausbildung, die der Humanistische Verband anbietet, umfasst in der Regel drei Wochenenden. Hinzu kommen mehrere Hospitationen sowie eine Abschlussprüfung. Die abgeschlossene Ausbildung zur weltlich-humanistischen Sprecherin/Sprecher berechtigt zum Tragen des Titels **Magistra/Magister Humanorum Rituum**. Nach Abschluss der Ausbildung erhalten die ausgebildeten HVD-Sprecherinnen und Sprecher eine Urkunde, die sie zur Amtsperson einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ernennt. Alle Sprecherinnen und Sprecher des Humanistischen Verbandes treffen sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch.

Die Ausbildung wird in Dortmund durchgeführt. Für Mitglieder des HVD fallen keine Seminaregebühren an. Diese Kosten trägt der Landesverband NRW. Nichtmitglieder entrichten eine Gebühr von 1.500 € und zusätzlich 250 € für die Prüfung. Anfallende Kosten für Übernachtung/An- und Abreise gehen zu Lasten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die nächste Ausbildung startet im Herbst diesen Jahres.

Die Seminare finden am

07.10. - 08.10.2017

11.11. - 12.11.2017

und am 09.12. - 10.12.2017 statt.

Der Prüfungstermin ist im Januar 2018.

Interessierte wenden sich bitte an die Geschäftsstelle:

Tel. 0231.52 72 48 | hebebrand@hvd-nrw.de

Aus den Gemeinschaften – Bielefeld: Humanisten gesucht:

humanistisch gesinnte Frauen und Männer, die Freude daran haben, in der Region Bielefeld / OWL humanistische Lebensfeiern (Namens-, Hochzeits- und Trauerfeiern) durchzuführen. Unser derzeit einziger Feiersprecher, Dr. Jonas Grutzpalk, ist ausgelastet und hofft auf zeitnahe Unterstützung. Termine für die kommende Ausbildung in Dortmund finden Sie oben. Weitere Infos bekommen Sie auch unter:

grutzpalk@hvd-nrw.de | www.hvd-nrw.de

Desweiteren werden gesucht: verantwortungsbewusste junge Humanisten und Erwachsene, die sich an der Vorbereitung / Durchführung und Nachbereitung von **JugendFEIERN** beteiligen, Zeit und Ideen in die Arbeit mit Jugendlichen einbringen können. Interessierte melden sich bitte bei:

christine.hoeink@hvd-bielefeld.de | Tel. 0521.489 87 77

Weitere Termine

04. Mai, 19.00 Uhr, HVD-Stammtisch
Bielefeld, Lord Nelson, Detmolder Straße

06. Mai, 11.00 Uhr, JugendFEIER 2017
Bl, Ravensberger Spinnerei (Murnausaal)

18. Mai, 19.30 Uhr, Humanistischer Gesprächskreis
Bielefeld, Buchhandlung mondo

25. Juni, ab 15.00 Uhr, Humanistisches Sommerfest
mit Jugendtreff
Bielefeld, Bürgerwache am Siegfriedplatz

Bielefeld: Auftaktveranstaltung zum Humanistischen Gesprächskreis

Am 16. Februar traf sich auf Einladung der Buchhandlung mondo und des HVD Bielefeld / OWL der neu eingerichtete Humanistische Gesprächskreis zu einer Auftaktveranstaltung in der Buchhandlung mondo. Ziel des Gesprächskreises ist es, humanistische Fragestellungen einerseits theoretisch auszuleuchten, andererseits aber auch, praktische Handlungsoptionen zu diskutieren. Der von uns eingeladenen Geschichts- und Kulturwissenschaftler Dr. Jörn Rösen stellte in seinem Eingangsreferat zum Thema „Humanistische Perspektiven für das 21. Jahrhundert“ ein umfassendes Panorama des Humanismus vor, auch vor dem Hintergrund interkultureller und globaler Aspekte. Dabei bezog er sich auf die denkbar einfachste Formel, die für ein menschliches Miteinander als Anknüpfungspunkt gelten könnte: wir sind alle Menschen und deshalb müssen wir uns gegenseitig Würde zusprechen. Mit Nachdruck plädierte Jörn

Rösen für die Anerkennung der Mitmenschlichkeit als Schlüsselbegriff humanistischen Denkens und Handelns, der globale Gültigkeit beanspruchen könne. Er wies darauf hin, dass die verschiedenen, kulturell diversen Humanismuskonzepte trotz aller Unterschiede dennoch über viele Gemeinsamkeiten verfügen, an die interkulturelle Dialoge anknüpfen können und müssen.

In der nachfolgenden Diskussion mit den etwa 50 Gästen der Veranstaltung wurden neue Fragestellungen aufgeworfen und schließlich auch eine reichhaltige Palette von Themen für zukünftige Veranstaltungen entwickelt. Die Veranstalter zeigten sich sehr zufrieden mit dem Zuspruch und dem Verlauf der anregenden Debatte. Der nächste Gesprächskreis wird am **18. Mai** stattfinden.

Düsseldorf: March for Europe 2017



Am 25. März fand in mehr als 50 europäischen Städten gleichzeitig der „March for Europe“ statt, so auch in Düsseldorf. Mitglieder der Gemeinschaft Düsseldorf und des Düsseldorfer Aufklärungsdienstes (DA!) nahmen mit vielen anderen an dieser pro-europäischen Veranstaltung teil.

Weitere Termine

02.05. Humanistischer Salon:

„Die Partei der Humanisten stellt sich vor“, Vortrag und Diskussion mit Felix Bölter, Bundesvorsitzender
20:00 Uhr, zakk, Fichtenstraße 40, 40233 Düsseldorf

06.06. Humanistischer Salon:

„Homöopathie und Co - Wo die Alternativmedizin irrt“ Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Dittmar Graf
Veranstaltungsort prüfen: www.hvd-duesseldorf.de

04.07. Humanistischer Salon:

„Effektiver Altruismus - Ein Überblick“ Vortrag und Diskussion mit Fabienne Sandkühler
Veranstaltungsort prüfen: www.hvd-duesseldorf.de

Dortmund-Ruhr-Lippe: 99 Minuten Humanismus und . . .

Immer wieder sonntags treffen sich Menschen in Dortmund, um in genau neunundneunzig Minuten gemeinsam über „Humanismus und . . .“ nachzudenken. Zu jedem Treffen wird ein bestimmter Begriff in den Mittelpunkt gestellt und von vielen Seiten beleuchtet und besprochen. Dabei werden spannende Fragen gestellt, wie „Warum erstrahlt der Tannenbaum zum Winteranfang? – Wieso gibt sich die Freiheit eine Blöße? – Was hat ein Sklavenschiff mit Meeresromantik gemeinsam?“ Meistens werden richtige Antworten gefunden, weil mit ein bisschen humanistischem Wissen die Dinge auf ihren Ursprung zurückgeführt werden können.

Spätaufsteher können ihre müden Geister mit einem Sekt beleben, Frühaufsteher bekommen Kaffee und Kuchen. Und damit auch die ansonsten Stillen und Schweigenden sich einbringen können, wird zur Gitarre gesungen. Mittlerweile haben die neunundneunzig Minuten einen stabilen Teilnehmerkreis, es ist aber noch Platz für weitere aufgeschlossene Menschen. Die nächsten Termine sind:

21.05.2017 | 11.06.2017 | 09.07.2017

jeweils um 14:00 in der Galerie Gedankengänge, Wittelsbacherstr. 3, Dortmund

Lesebuch erschienen: Demokratie Geschichten – Demokratie erzählen.

Wir leben in einer Demokratie. Welche Geschichten und Erlebnisse verbinden wir mit Demokratie? Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung und Mitsprache, aber auch Toleranz und Gerechtigkeit sind Grundwerte unserer Demokratie. Wir alle können Geschichten erzählen, wie wir diese Werte erlebt haben, welche Rolle sie in unserem Leben spielen und gespielt haben. Das erste Mal wählen gehen oder die erste Demonstration. Gleichberechtigung unter Adenauer oder zur Zeit von Helmut Kohl. Es gibt viele Geschichten. Acht davon haben wir zusammengetragen und ein kleines Lesebuch daraus erstellt, welches nun endlich fertig gedruckt

ist. Zu erhalten ist das Buch über die Landesgeschäftsstelle.



Gemeinschaft Dortmund-Ruhr-Lippe zu Gast bei der AG 60+ der SPD

Die AG 60+ der SPD in Lünen-Süd hatte bei ihrem letzten Seniorenfrühstück den Vorsitzenden der Gemeinschaft Dortmund-Ruhr-Lippe zu Gast. Jens Hebebrand berichtete über die humanistischen Lebensfeiern. So war es vielen nicht klar, dass neben Trauerfeiern auch Namensfeiern, Jugendfeiern

und Hochzeiten zum Repertoire des HVD zählen. Einige konnten sich dann allerdings an ihre eigene Jugendfeier erinnern, denn in den fünfziger und sechziger Jahren wurden regelmäßig Jugendfreien bzw. Jugendweihen in Lünen-Süd durchgeführt.

DORTBUNT: Graffiti- und Zeichenworkshop

Nach dem sehr erfolgreichen öffentlichen Graffiti-Workshop im Rahmen von Dortbunt 2016, möchten wir am **07. Mai 2017** das Projekt in ähnlicher Weise fortsetzen, allerdings bereichert um eine zeichnerische Komponente. Auch 2017 sollen verschiedene Graffitos zum Thema „Vielfalt“ entstehen. Dieses Jahr bauen wir unseren Stand auf dem Platz von Leeds

auf. Dort sind wir dann bis 18:00 Uhr vor Ort. Wie im letzten Jahr auch, stehen Graffitikünstler beratend und unterstützend zur Seite beim Gestalten der eigenen Bilder. Zusätzlich werden wir in diesem Jahr ein großes Wimmelbild zusammen mit dem Cartoonisten Reinhard Alff gestalten. Zukünftig soll dieses Bild als Fotowand eingesetzt werden.

Ruhrmitte: Humanistischer Mittwoch in Bochum etabliert

Weiterhin gut angenommen wird die monatliche Diskussionsrunde der Gemeinschaft Ruhr-Mitte. Im Februar ging es um die religionspolitischen Reformvorschläge der Grünen; zu Gast war Rudolf Ladwig von den „Säkularen Grünen“. Er zeichnete die schwierigen internen Debatten nach: die Kirchenlobby sei auch in dieser Partei sehr einflussreich; eine weitergehende Entflechtung von Kirche und Staat stoße auf große Widerstände. Als Kompromissformel habe man sich auf die Zielformulierung: „Weiterentwicklung“ des kooperativen Staat-Kirche-Modells in Deutschland geeinigt. Immerhin fordern die Grünen die konsequente Gleichstellung der nichtreligiösen Weltanschauungen, also auch des Humanismus. In Schule und Arbeitswelt, in Rundfunk und Hochschule, bei Militärseelsorge und Trauerkultur sollen humanistische Belange und Einrichtungen stärker berücksichtigt und staatlicherseits gefördert werden. In der Diskussion wurde gewürdigt, dass die Grünen – im Gegensatz zu den beiden großen Parteien - überhaupt Religionspolitik als eigenes Politikfeld aufgreifen. Während im März das gesellige Beisammensein

im Vordergrund stand, war das Apriltreffen dem Thema „Patientenverfügung“ gewidmet. Eva-Maria Rellecke erläuterte einer interessierten Zuhörerschaft, wie aufgeklärte Menschen ihren Abschied aktiv bedenken und gestalten können.

Das nächste Treffen findet am Mittwoch, den 3. Mai 2017, um 19 Uhr in „Lisas Palmengarten“, Herner Straße 335 in Bochum-Riemke statt.

Impressum

FREIES DENKEN | ISSN 0947-3432
Herausgeber: Humanistischer Verband NRW
Landesbüro | Küpferstraße 1 | 44135 Dortmund
Tel. 0231.527248 | Fax 0231.572072
E-Mail: mail@hvd-nrw.de
Verantwortlich: Erwin Kress

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion und/oder des HVD NRW entsprechen.